

Schuldenkrise der Entwicklungsländer

Vor wenigen Wochen haben die Kirchen in Deutschland in einem dringenden Appell auf die Schuldenkrise der Dritten Welt aufmerksam gemacht. Viele Entwicklungsländer befinden sich in einem Teufelskreis; die Menschen dort müssen immer mehr arbeiten, produzieren und exportieren, um nur den Schuldendienst für Kredite zu verdienen, von denen sie vielfach kaum Nutzen hatten. Manche Länder müssen mehr an Zinsen zahlen, als sie an Entwicklungshilfe bekommen. Wenn nicht bald Entscheidendes geschieht, droht der wirtschaftliche Zusammenbruch der Schuldnerländer. Das hätte tiefgreifende Auswirkungen auch auf das internationale Währungs- und Finanzsystem. Deshalb wird ein teilweiser oder vollständiger Erlass öffentlicher Schulden für die am wenigsten entwickelten Länder gefordert.

Die Einstellung der deutschen Öffentlichkeit ist in dieser Frage gespalten. Zwei Meinungen stehen einander diametral gegenüber. Die einen argumentieren: Wer Schulden macht, soll sie auch begleichen. Der kleine Mann wird auch gepfändet, wenn er nicht zahlen kann. Andere sagen: Es ist doch unvorstellbar, daß reiche Banken in USA und in Europa von den Entwicklungsländern noch Zinsen abkassieren, während dort vielleicht Kinder verhungern müssen. Im Mittelalter ist die Kirche gegen alle „Wucherer“, die Darlehenszinsen nahmen, mit harten Kirchenstrafen vorgegangen. Jetzt steht sie selber auf der Seite der Reichen, verteidigt das Zinsnehmen und begnügt sich mit unverbindlichen Appellen an die Wohltätigkeit.

Beide Auffassungen sind unrealistisch. Einerseits ist in der heutigen Wirtschaft das Fordern von Zinsen für Darlehen grundsätzlich gerechtfertigt. Auch den Entwicklungsländern kann nicht nur mit Spenden, sondern auch mit Darlehen echte Hilfe geleistet werden. Damit lassen sich Kapitalgüter beschaffen, also Werkzeuge, Maschinen, Saatgut, damit lassen sich auch Leute ausbilden. Solche Investitionen machen die Arbeit fruchtbarer. Wer knappe Kredite für Investitionen zur Verfügung stellt, darf deshalb im allgemeinen einen Preis dafür fordern, eben den Zins. Das war im Mittelalter anders, als man noch keine Möglichkeit sah, durch Investitionen in Kapitalgüter ein zusätzliches Einkommen zu erzielen. Darum glaubte man, jeder Zins beruhe auf Ausbeutung und sei deshalb als ungerecht zu verwerfen.

Allerdings hat das mittelalterliche Verbot des Wuchers auch heute noch nicht völlig seine Bedeutung verloren. Wenn man nämlich einen in einer Notlage zwingt, zum bloßen Überleben oder zum Zahlen von Zinsen Kredite um jeden Preis aufzunehmen, dann kann man das auch heute noch Wucher nennen. Auch im

normalen Rechtsverkehr gibt es einen Pfändungsschutz, der einem Schuldner das Nötigste für sein Überleben läßt. Nun sind einige Entwicklungsländer in den letzten Jahren in eine derartige Situation geraten. Ihnen muß rasch geholfen werden, bevor es zu spät ist, auch wenn sie selbst zu ihren Schwierigkeiten beigetragen haben mögen. Hier gilt: Not kennt kein Gebot.

Andererseits birgt ein allgemeiner Schuldenerlaß ohne weitere Bedingungen auch Gefahren in sich – gerade für die Entwicklungsländer. Er ist deshalb nur als Ausnahmemaßnahme möglich. Gerade die ärmsten Länder sind nämlich auf Kredite angewiesen, auch auf Kredite von privaten Banken. Wer nun fürchten muß, daß solche Kredite für Entwicklungsprojekte einfach abgeschrieben werden, wird in Zukunft keine solchen Kredite mehr gewähren. Nach einer Behebung der unmittelbaren Not müssen deshalb gemeinsame Maßnahmen überlegt werden, wie eine solche Zahlungsunfähigkeit für die Zukunft ausgeschlossen werden kann.

Die Kirchen fordern darum eine Politik der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung, die langfristig wirkliche Entwicklung ermöglicht. Als Partner in der Weltwirtschaft haben die Entwicklungsländer schlechtere Startbedingungen als wir. Sie verdienen eine faire Chance, sich durch eigene Leistung einen Platz in der Gemeinschaft der Völker zu erarbeiten.

Wenn wir in Deutschland stolz sind auf unsere soziale Marktwirtschaft, sollten wir nicht vergessen, daß unser Wohlstand nicht allein durch den freien Wettbewerb zustande kam, sondern auch durch klare politische Rahmenbedingungen, die der Staat der Wirtschaft vorgab. In der Weltwirtschaft haben wir leider noch keinen derartigen „Datenkranz“, durch den der Wettbewerb zwischen den Völkern auf das Wohl aller ausgerichtet würde. Die Weltwirtschaft müßte in eine „soziale“ Marktwirtschaft umgestaltet werden. Wir Deutschen haben besonderen Grund, uns um eine solche Strukturreform zu bemühen: Unsere Wirtschaft ist auf einen funktionierenden Weltmarkt angewiesen; wir haben einen gewissen außenwirtschaftlichen Spielraum; vor allem aber ist uns selbst nach dem Zweiten Weltkrieg mit ähnlichen Notmaßnahmen der Siegermächte geholfen worden: Im Londoner Schuldenabkommen wurde 1952 der jungen Bundesrepublik ein großer Teil der Nachkriegsschulden erlassen, weil wir zahlungsunfähig waren – und damit erst konnte unser wirtschaftlicher Aufstieg beginnen.

Es geht nicht um ein bloßes Opfer, wozu die Kirchen aufrufen. Eine echte Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern liegt auch in unserem eigenen wohlverstandenen Eigeninteresse, so sehr sie zum Überleben darauf angewiesen sind. Darum ist es wichtig, den Politikern das Rückgrat zu stärken, das zu tun, was sie als richtig einsehen, aber öffentlich und mit Nachdruck zu vertreten sich oft scheuen.

Walter Kerber SJ